

Zeitung als Ausdruck ihrer Zeit

Autor(en): **Roth, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 12

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338734>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeitung als Ausdruck ihrer Zeit

Zur Gründung des Wochenblattes «Die Nation» vor 40 Jahren

Mit einem Appell unter dem Titel «*Wir rufen alle freiheitlich Gesinnten auf über Parteien und Klassen hinweg zum gemeinsamen Werk*» wandte sich am 1. September 1933 die erste Nummer der Wochenzeitung «Die Nation» an die schweizerische Öffentlichkeit. Der Aufruf war von rund achtzig Persönlichkeiten aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Schweiz unterzeichnet. Neben Gewerkschaftsvertretern fanden sich Exponenten von Angestellten- und Beamtenverbänden, Bauernorganisationen, Hochschulen und freien Berufen, Nationalräte und Mitglieder von Stadt- und Kantonsbehörden sowie Repräsentantinnen von Frauenorganisationen. Hier seien nur einige der bekanntesten Namen herausgegriffen: Robert Bratschi, Dr. Eugen Curti, Dr. Andreas Gadiant, Prof. Jean de la Harpe, Fritz Horand, Konrad Ilg, Dr. Emil Klöti, Prof. Fritz Marbach, Dr. Felix Moeschlin, Dr. Hans Oprecht, Prof. William Rappard, Giovanni-Battista Rusca, Dr. Ida Somazzi, Paul Schmid-Ammann, Dr. Fritz Wartenweiler, Dr. Max Weber und Dr. Eduard Zellweger.

Als Zeitdokument sei der Aufruf im Wortlaut wiedergegeben:

«Die *wirtschaftliche, moralische und geistige Krise* der Welt zieht immer tiefere Furchen in unser Land. *Ausländische Einflüsse bedrängen die Schweiz gefährlicher als je.* Fremde Rezepte werden angepriesen, fremde Parolen ausgegeben, fremde Beispiele nachgeahmt. Unter dem Vorwand, die Demokratie erneuern zu wollen, erscheinen Führer, die sich selbst ernannt haben. Sie reden, doch sie gewähren keine Gegenrede. Sie predigen Volksgemeinschaft, doch sie säen Unfrieden. Sie trachten, sich über das souveräne Volk zu setzen. *Wenn sie ihr Ziel erreichten, dann wäre die Idee des Schweizerbundes – Freiheit der Bürger, Gleichheit der Stände, Brüderlichkeit der Stämme – zerstört. Damit wäre der Untergang der Eidgenossenschaft besiegelt.*

In schwerer Sorge vor solcher Entwicklung, in der Überzeugung, dass die *Zukunft der Schweiz* nicht durch Unterdrückung und Gewalt, sondern nur durch *gerechten Ausgleich gesichert wird*, im Vertrauen, dass unser Volk, getreu seiner Überlieferung, durch *Selbstbesinnung, Selbsterziehung und Selbstbestimmung* die herrschende Krise bezwinge, haben wir Schweizerbürger, über Gegensätze von Parteien und Klassen hinweg, uns verständigt.

Wir wollen, statt an der Oberfläche der Zeit zu diskutieren, den sozialen Störungen auf den Grund gehen, um sie ‚mit dem Vaterland und allen Freien‘ zu überwinden. Wir geloben, in *treuer Arbeitsgemeinschaft, die Grundfesten unserer Demokratie zu schützen und für ihren freiheitlichen Ausbau einzustehen.*

Wie die Schweiz durch *Achtung und Gerechtigkeit* gegenüber den sprachlichen und kulturellen *Minderheiten* den Sinn *nationaler Volksgemeinschaft* verkörpert, so muss sie ein Beispiel *sozialer Volksgemeinschaft* werden.

Wir nehmen entschlossen den Kampf für die *geistige Freiheit und die nationale Unabhängigkeit* auf. Wir wollen mit allen, die nicht gesonnen sind, fatalistisch sich bevormunden zu lassen, uns zusammenfinden auf der freien Tribüne: *„Die Nation“*.

Sie wird den Beweis erbringen, dass Bürger verschiedener Berufe, verschiedenen Herkommens, verschiedener Anschauung, Bauer und Arbeiter, Kaufmann und Handwerker, Gelehrter und Künstler gemeinsam den *Weg bereiten zur geistigen, politischen und wirtschaftlichen Neugestaltung der Eidgenossenschaft*.

So rufen wir auf zu mutiger und besonnener Mitarbeit an der geistigen Läuterung, der sozialen Stärkung, der politischen Veredelung unserer Demokratie. Ihr freiheitlich Gesinnten in allen Gauen der Schweiz: *Schart Euch um „Die Nation“*.»

Nahtstelle zwischen Nachkriegs- und Vorkriegszeit

Ausdrucksweise und Stil des Aufrufs mögen heute eher befremden. Pathos und emotional aufgeladenes Vokabular erscheinen etwas aufdringlich und an der Grenze des Phrasenhaften. Ausdrücke und Wendungen werden verwendet, die heute durch den Missbrauch, dem sie ausgesetzt waren, belastet und daher suspekt sind. Der Aufruf und mit ihm das Anliegen der Gründer der «Nation» können indessen nur richtig verstanden und beurteilt werden, wenn sie vor dem Hintergrund der politischen Situation des Jahres 1933 gesehen werden: Sowohl auf internationaler Ebene wie im innenpolitischen Bereich leitete das Jahr 1933 von der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges zur Vorkriegszeit des Zweiten Weltkrieges über.

Dieses Faktum spiegelte sich auch deutlich in den Grussbotschaften prominenter Persönlichkeiten, die sich an den Aufruf anschlossen. Noch stark von den grossen Hoffnungen der Nachkriegsgeschichte geprägt waren die Beiträge von Ernest Bovet, Eduard von Waldkirch und Robert Bratschi, während Jean de la Harpe, Ida Somazzi und Max Weber den Blick auf die bedenkliche neue Entwicklung richteten.

Ernest Bovet, Sekretär der Schweizerischen Völkerbundsvereinigung, wandte sich gegen nationale Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit und betonte, die Weltkugel sei ein Ganzes, «wo jede Nation die anderen braucht und ihnen etwas bringen soll, in gemeinsamer Anstrengung, in gemeinsamem Opfer, in wechselseitigem Geben und Nehmen».

«„Nation“ – also auch Nationalismus?», fragte der Völkerrechtler *Eduard von Waldkirch* und antwortete: «Im guten Sinne, ja! Internationalismus gibt es nur, wenn Nationen da sind, die zusammenarbeiten. Je mehr

jedes der verbundenen Völker innerlich gefestigt ist, desto enger wird die Gemeinschaft. Nationalismus in der guten Bedeutung des Wortes heisst: aus dem Volke das Beste herausschöpfen. Dass damit die Achtung anderer Völker verknüpft sein muss, ist eine Tatsache, deren Wirklichkeit im Zeitalter des Verkehrs und der Technik immer fühlbarer wird.»

Dem Begriffspaar Nation–Menschheit widmete *Robert Bratschi*, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, seine Betrachtung. Er gab der Überzeugung Ausdruck, dass die historische Entwicklung zu einem Aufgehen der Nationen in einer höheren Einheit, der Menschheit, führen werde. «Die ganze Entwicklung des Menschen strebt dieser höheren Einheit zu. Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Technik sind diesem Streben unterworfen. Das Tempo dieser Entwicklung ist im Laufe des letzten Jahrhunderts sogar derart rasend geworden, dass Rückschläge nicht verwundern können. Sie zeigen sich in einer Überbetonung des nationalen Gedankens, der sich in einzelnen Fällen, wie in Deutschland, zu wahnwitzigen nationalistischen Verirrungen steigert. Trotz der Wucht und Brutalität, mit der diese Strömungen sich durchzusetzen versuchen, sind sie doch nur ein Auflehnen gegen die natürliche und logische Entwicklung zur Einheit. Mögen die Bewegungen noch so gross sein, mehr als Rückschläge sind es eben nicht.

Aber die Rückschläge hemmen und verlangsamen die Entwicklung und sind geeignet, Tausende von Einzelmenschen, ja ganze Nationen in Not und Unglück zu stürzen. Diese schädlichen Hemmungen zu überwinden ist unsere Aufgabe. Jedes Volk muss seine Aufgabe selbst erfüllen. Es muss empor wollen aus dem nur Nationalen, empor zur Menschheit.

Der Nation zu dienen ist eine grosse Sache – der Nation zu dienen, um zur Menschheit zu gelangen aber ist das Ziel!»

In diesen Äusserungen finden sich noch Anklänge an die kosmopolitischen Strömungen und Erwartungen der zwanziger Jahre. Der Gedanke einer friedlichen Beilegung internationaler Konflikte unter der Ägide des Völkerbundes ist noch lebendig. Zwar war Japan bereits 1931/32 durch die Besetzung der Mandschurei aus der Versailler Friedensordnung ausgebrochen und hatte im Frühjahr als erste Macht dem Völkerbund den Rücken gekehrt. Der entscheidende Schlag gegen den Grundsatz der kollektiven Sicherheit stand aber erst unmittelbar bevor: Am 19. Oktober 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus. Damit wurde zugleich das Scheitern der in Genf tagenden Abrüstungskonferenz besiegelt und die Ära der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung durch den Nationalsozialismus eingeleitet.

Im Zeichen der geistigen Landesverteidigung

Mit der innenpolitischen Lage der Schweiz befassten sich Jean de la Harpe, Ida Somazzi und Max Weber sowie als Sprecher der Jungen zwei Vertreter des Kampfbundes gegen geistigen Terror an der Universität

Zürich, Peter Aebi und Werner Niederer. In ihren Beiträgen stand der Gedanke der geistigen Landesverteidigung im Vordergrund, wenn auch der Begriff selbst nur von Ida Somazzi ausdrücklich verwendet wurde.

Jean de la Harpe, Präsident der Neuen Helvetischen Gesellschaft, warnte eindringlich vor den Gefahren, die heraufbeschworen würden, sollte der Geist der Intoleranz und des Hasses, wie er sich in den Nationalismen der Nachbarländer kundtat, sich auch in der Schweiz breitmachen und das politische Handeln bestimmen: «Nous serions livrés à un esprit de désordre et d'anarchie, au racisme destructeur de notre Etat fédératif et démocratique, aux conflits irrémédiables entre langues, religions et professions; à l'abomination de l'Etat totalitaire.»

Im gleichen Sinne richtete die Seminarlehrerin Dr. *Ida Somazzi*, die Vorkämpferin für Menschenwürde und Frauenrechte, einen Appell um Interesse und Mitarbeit an die Frauen. Sie führte unter anderem aus: «Wie während des Weltkrieges die Seele der ‚Neutralen‘, so wird heute die Seele der ‚Demokraten‘ umworben und zu gewinnen versucht. Wieder wird ein Neues als Allheilmittel gepriesen, während Demokratie, Volksrechte und Menschenrechte als ‚Eiterbeule‘, als ‚liberalistische Gleichmacherei‘ in Zerrbildern als Allübel hingestellt werden. Wie damals ist auch heute unsere Existenz als nationales Staatswesen bedroht; denn die Übernahme des Ideals des Rasse- und Einparteienstaates und seiner diktatorischen Leitung bedeutet für den schweizerischen Staat das Ende und mit ihm das Ende des herrlichen Prinzips der toleranten Zusammenarbeit sich selbst bestimmender und auch selbst beschränkender Teile und Gruppen.»

Max Weber, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Gewerkschaftsbundes, betonte, die Schweiz könne nur solange als selbständiges Staatswesen Bestand haben, als es ihr gelinge, den Ausgleich der wirtschaftlichen und sozialen Interessen sowie der geistigen Strömungen auf demokratische Weise zu ermöglichen. Entrechtung einer Minderheit, gleichgültig auf welcher Seite diese stehe, bedeute Aufgabe der Schweiz als freier Nation. Die Schweiz habe es verstanden, durch Schutz und Entgegenkommen den sprachlichen Minderheiten gegenüber das Sprachenproblem als ernsthafte Streitfrage überhaupt nie aufkommen zu lassen. «Warum ist noch nie der Versuch unternommen worden, auch die soziale Frage auf diese Weise zu lösen?» Vieles im gesellschaftlichen Leben der Schweiz sei erneuerungsbedürftig, hielt Weber fest. «Allein die Erneuerung muss *freiheitlich* und sie muss *sozial* sein, oder sie wird keine Erneuerung sein.»

Krise der Demokratie und «nationale Erneuerung»

Vergegenwärtigen wir uns nun den innenpolitischen Rahmen, in dem das Erscheinen der «Nation» gesehen werden muss: Hand in Hand mit der *Wirtschaftskrise* hatte sich herausgebildet, was schon während der späteren zwanziger Jahre in intellektuellen Kreisen als *Krise der Demo-*

kratie empfunden worden war. Es handelte sich zunächst um eine Reaktion auf die sogenannte Verwirtschaftlichung der Politik, die der parlamentarischen Demokratie angelastet wurde. Die Kritik an der «Massendemokratie», an der Herrschaft der Parteien, am Kampf der Interessengruppen einerseits, das Verlangen nach einer starken Staatsführung andererseits wurden durch die Theorie des Korporatismus, das heisst der Forderung nach einer berufsständischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung genährt und gestärkt. Vom faschistischen Italien propagiert und in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* als Postulat katholischer Sozialethik proklamiert, gewann korporativistisches Gedankengut vor allem in katholischen Kreisen an Boden.

In ein akutes Stadium trat die Krise der Demokratie indessen erst mit der Wendung Deutschlands zur nationalsozialistischen Diktatur vom 30. Januar 1933. Im «Frontenfrühling» des gleichen Jahres blühten in der Schweiz die sogenannten nationalen Erneuerungsbewegungen oder Fronten auf, politische Gruppen, die zum Teil schon seit einigen Jahren bestanden und nun durch die Entwicklung in Deutschland starken Auftrieb erhielten, andernteils auch politischen Konjunkturgründungen des Jahres 1933. Sie stellten zwar ein buntes Nebeneinander verschiedener Tendenzen und Interessen dar, doch bestand die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zu einer politisch ernstzunehmenden Bewegung. Die Ablehnung des «Systems», die Frontstellung gegen Sozialismus und Liberalismus einigte die meisten Gruppen zumindest in der Verneinung und bot den Ansatzpunkt zu einer Sammlungsparole. Zudem verband die Idee des Korporatismus die meisten Fronten miteinander und zugleich mit Katholiken, politischen Strömungen der welschen Schweiz und selbst liberalen Kreisen¹.

Am eindeutigsten trat bei den Fronten aber der *klassenkämpferische Stellungsbezug gegen die Linksparteien und die Organisationen der Arbeiterbewegung* zutage. Verschiedene Male wurde 1933 versucht, der Linken einen geschlossenen «vaterländischen Block», bestehend aus den neuen Gruppen sowie den bürgerlichen Parteien und Vereinigungen entgegenzustellen². Dabei war man bestrebt, die im Gefolge des Generalstreiks von 1918 entstandene *Bürgerwehr-Mentalität* auszunützen und zu reaktivieren. Dies musste um so aussichtsreicher erscheinen, als nach dem 1918 mit Gewalt erzwungenen Ausgang der gesellschaftspolitischen Kraftprobe eine echte Aussöhnung zwischen den feindlichen Lagern unterblieben war, so dass bis in die dreissiger Jahre hinein zumindest emotional eine latente Bürgerkriegsstimmung bestand.

¹ Vgl. Peter Gilg und Erich Gruner, Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz 1925—1940, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 1, Januar 1966, Seiten 1—25.

² Paul Schmid-Ammann, Mahnrufe in die Zeit, Zürich 1971, Seite 25.

Vormarsch, Stillstand und Reaktion in der Sozialpolitik

Die ersten Jahre nach dem Generalstreik waren durch eine relativ fortschrittliche Sozialpolitik gekennzeichnet. Einzelne Postulate der Sozialdemokratie wurden verwirklicht. So wurde zum Beispiel 1919 im neuen Fabrikgesetz die 48-Stunden-Woche zur Norm gemacht, und 1925 wurde die verfassungsmässige Grundlage für die Einführung einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung sowie einer Invalidenversicherung geschaffen. Der sozialreaktionäre Versuch von rechts, durch eine Revision des Fabrikgesetzes die wöchentliche Arbeitszeit wieder auf 54 Stunden auszudehnen, wurde 1924 vom Volke abgelehnt. Nachdem im Kampf um das Getreidemonopol, das 1926 knapp verworfen wurde, Arbeiter- und Bauernorganisationen sich sogar kurz zu einer rot-grünen Allianz zusammengefunden hatten, erstarrten aber die politischen Fronten zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft wieder. Der sozialpolitische Vormarsch der ersten Hälfte der zwanziger Jahre wurde durch eine gegenläufige Tendenz abgelöst. Besonders deutlich kam diese Tatsache zum Ausdruck, als das Volk am 6. Dezember 1931 das erste Bundesgesetz über eine Alters- und Hinterlassenenversicherung mit hohem Mehr verwarf, genau sechs Jahre nachdem es dem Grundsatz einer obligatorischen AHV zugestimmt hatte.

Bewegung ins innenpolitische Kräftefeld brachten erst wieder die grosse Wirtschaftskrise und die Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland.

Frontismus im Angriff

Wer die Situation des Jahres 1933 bloss vom Hörensagen oder knapper Lektüre kennt, kann sich schwer ein Bild machen von der fieberhaften Unrast, die sich im politischen Leben der Schweiz ausbreitete.

Paul Schmid-Ammann, einer der aktivsten Streiter in den Reihen der «Nation», meint rückblickend: «So ging es denn in jenem ‚Frontenfrühling 1933‘ recht tumultuös zu. In Zürich, Winterthur und Schaffhausen folgte eine frontistische Kundgebung der andern, wobei die Frontisten ihre Anhänger jeweils in Camions von einer Stadt zur andern herbeischleppten und so den Anschein zu erwecken vermochten, als ob eine gewaltige Massenbewegung im Gange sei. Sie verkündeten denn auch bald, dass sie ‚die Schweiz im Sturm erobern‘ würden. (. . .) Das Bürgertum zeigte sich über diese neuartigen ‚patriotischen‘ Bewegungen und Methoden zuerst erstaunt und schockiert. Viele hielten es nur als eine vorübergehende Erscheinung. ‚Man muss diese Jungen einmal austoben lassen; nachher werden sie schon wieder vernünftig‘, hiess es. Manchen Rechtsfreisinnigen, Offizieren und Unteroffizieren war der Schlachtruf gegen die Marxisten, Antimilitaristen und Pazifisten willkommen. Viele gewerbliche Mittelständler versprachen sich von der frontistischen Forderung ‚Fort mit den jüdischen Geschäften und Warenhäusern!‘ die Rettung aus ihrer wirtschaftlichen Misere, und in der Katholisch-konservativen Partei fanden

die frontistische Kampfansage an die liberale Demokratie und die Propaganda für einen ‚berufsständischen Führerstaat‘ offenes Gehör und Unterstützung³.»

Dass Programmatik und Kampfstil etlicher der neuen politischen Gruppen mehr oder weniger stark vom Nationalsozialismus oder Faschismus beeinflusst waren und dass namentlich die stärkste unter ihnen, die Nationale Front, sich ideologisch und organisatorisch ganz nach dem Vorbild der NSDAP ausrichtete (wenn sie auch bisweilen aus opportunistischen Erwägungen das «Nationale» in den Vordergrund rückte), musste aber auch im bürgerlichen Lager diejenigen beunruhigen, welche die Gefahr erkannten, die der schweizerischen Demokratie, ja dem Bestand der Eidgenossenschaft vom nationalsozialistischen Gedankengut her drohte.

Die neue internationale und innenpolitische Lage musste aber auch die schweizerischen Sozialdemokraten zu einer Überprüfung ihrer Haltung der bürgerlichen Demokratie gegenüber veranlassen. Das Resultat ist bekannt: Hinwendung zur Bejahung der militärischen Landesverteidigung und zur Anerkennung der Demokratie als Boden für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele⁴.

Die Wandlung in der Haltung der Linken wiederum stärkte diejenigen Kräfte im Bürgertum, die bereit waren, die Kluft zur Arbeiterschaft zu überbrücken. Es waren vor allem die Bündner und Zürcher Demokraten, die Schaffhauser Bauernpartei, die Bauernheimatbewegung (Jungbauern), Angestelltenverbände sowie linksfreisinnige Persönlichkeiten, die das Gespräch mit der Arbeiterschaft suchten und für eine Zusammenarbeit von Arbeitern, Angestellten und Bauern auf demokratischer Grundlage eintraten. Erste Frucht der Verständigungsbemühungen war die Gründung der «Nation».

³ Paul Schmid-Amman, Mahnrufe in die Zeit, Zürich 1971, Seite 25.

⁴ Vgl. Benno Hardmeier, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920—1945), Winterthur 1957, Seiten 60—100.

Es ist nicht gleichgültig, was wir und wie wir schreiben. Das Wort kann von grosser, unheimlicher Wirkung sein. Es kann den, an den es gerichtet ist, niederwerfen oder erheben, ihn vergiften oder beseligen, ihn zur Niedertracht verführen oder zur sittlichen Tat ermutigen. Solche Überlegungen sind freilich nicht mehr modern, und wer die Meinung äussert, dass die Presse auch so etwas wie eine moralische und staatsbürgerliche Aufgabe zu erfüllen habe, macht sich leicht lächerlich und erscheint als ein Mann von vorgestern.

Dr. Paul Schmid-Amman in «Mahnrufe in die Zeit»
